

SIMBABWE

Republic of Zimbabwe

Head of state and government: Emmerson Dambudzo Mnangagwa

ÜBERBLICK

Die Behörden nutzten die COVID-19-Verordnung, um schwere Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu rechtfertigen. Sie setzten Sicherheitskräfte ein, um vermeintliche Kritiker_innen, Oppositionsmitglieder und -führer_innen zu entführen, anzugreifen und zu foltern. Polizei und Sicherheitskräfte töteten mindestens 10 Menschen. Frauen wurde der Zugang zu grundlegender medizinischer Versorgung für Mütter verweigert, und Gewalt gegen Frauen und Mädchen war weit verbreitet.

HINTERGRUND

Im Januar wurde eine Verfassungsänderung im Amtsblatt veröffentlicht, die dem Präsidenten die Befugnis gab, Richter_innen an höheren Gerichten selbst auszuwählen und die Kontrolle des Parlaments über finanzielle Vereinbarungen der Regierung zu schwächen. Am 30. März führte die Regierung Maßnahmen ein, um die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern, und verhängte strafbewehrte Bewegungseinschränkungen, die zunächst für drei Wochen galten, aber regelmäßig über das ganze Jahr verlängert wurden. Die Informationen über die Sperrmaßnahmen waren unklar und ihre Umsetzung schien willkürlich zu sein. Am 21. Juli wurde eine landesweite Ausgangssperre zwischen 18.00 und 06.00 Uhr verhängt. Die Pandemie verschärfte die Wirtschaftskrise und die Behörden waren nicht in der Lage, soziale Sicherheit für gefährdete Menschen zu gewährleisten. Nach Angaben der UNO waren 7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen und 4,3 Millionen Menschen waren stark ernährungsunsicher. Im Juli riefen Oppositionsmitglieder die Menschen auf, sich an den landesweiten "Juli31"-Protesten gegen angebliche staatliche Korruption und wirtschaftliche Not zu beteiligen und den Rücktritt des Präsidenten zu fordern. Das Land blieb in politischem Aufruhr: Im August ernannte die südafrikanische Regierung zwei Sondergesandte, die Simbabwe besuchen und mögliche Lösungen für die anhaltende Gewalt der Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung finden sollten.

EXZESSIVER GEWALTGEBRAUCH

Die Sicherheitskräfte setzten in vielen Fällen exzessive Gewalt ein, um friedliche Proteste zu verhindern oder zu unterdrücken und um Abriegelungsmaßnahmen zu verhängen, wobei mindestens zehn Menschen getötet wurden. Die Sicherheitskräfte nahmen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der COVID-19-Maßnahmen auch Demonstrant_innen und andere Personen unrechtmäßig fest und inhaftierten sie. In den ersten vier Monaten der Abriegelung wurden 116.000 Menschen wegen Verstößen gegen die COVID-19-Vorschriften verhaftet. Viele wurden Opfer von Gewalt, darunter auch eine beträchtliche Anzahl von Frauen. Zwei Schwestern, Nokuthula und Ntombizodwa Mpofo, wurden am 16. April in Bulawayo von der Polizei schwer verprügelt, als sie während der Ausgangssperre hinausgingen, um Essen für ihre Kinder zu kaufen. Ein gemeinsames Team aus Agenten der Polizei, des Militärs, der Central Intelligence Organisation und des Präsidialamtes, bekannt als "Ferret Team", terrorisierte Regierungskritiker_innen, Oppositionsführer_innen und Aktivist_innen sowie deren Familienangehörige. Im Mai wurden die Politikerin Joana

Mamombe, Cecilia Chimhiri und Netsai Marova an einer Straßensperre der Polizei in der Hauptstadt Harare verhaftet, als sie eine Demonstration gegen den unzureichenden Schutz für die Armen anführten. Sie wurden am selben Tag von einer Gruppe von Männern, von denen man annimmt, dass sie zum Ferret Team gehören, von der zentralen Polizeistation in Harare entführt, körperlich und sexuell missbraucht und drei Tage später 87 km von ihrem Wohnort in Harare entsorgt. Im Juni beschuldigte der Staat die Frauen, ihre Entführung vorgetäuscht zu haben und "das Ansehen des Landes zu beflecken".

Am 31. Juli wurden sie an einem Kontrollpunkt erneut verhaftet. Während sie festgehalten wurden, peitschte ein Soldat Cecilia Chimhiri aus, weil sie ihn angeblich beleidigt hatte. Im Dezember ordnete der Regionalrichter von Harare in dem Verfahren, das sich auf die Anklagen im Zusammenhang mit der Entführung im Mai bezog, an, dass Joana Mamombe getrennt von Cecilia Chimhiri und Netsai Marova verhandelt werden sollte, da sie für verhandlungsunfähig erklärt worden war. In den Tagen vor den Protesten am 31. Juli führten Sicherheitskräfte Razzien in den Häusern derjenigen durch, die verdächtigt wurden, die Initiative zu unterstützen, und zerstörten in einigen Fällen ihr Eigentum.

Am 30. Juli wurde Tawanda Muchehiwa von der Polizei in einem Geschäft in Bulawayo verhaftet. Auf dem Weg zur Polizeiwache übergaben ihn die Beamten an das Ferret Team, das ihn dazu brachte, den Aufenthaltsort seines Onkels Mduduzi Mathuthu, dem Herausgeber der Online-Zeitung ZimLive.com, zu verraten. Am selben Tag stürmten Sicherheitskräfte das Haus von Mduduzi Mathuthu und nahmen, als sie ihn nicht fanden, seine Schwester und zwei seiner Neffen mit, die später freigelassen wurden, nachdem das Medieninstitut des südlichen Afrikas interveniert hatte. Die Gewalt ging nach dem Juli weiter, und am 7. August entführten vier unbekannte Männer Noxolo Maphosa auf der Straße. Sie wurde sexuell missbraucht, um sie zu zwingen, den Aufenthaltsort ihres Onkels, Joshat Ngulube, eines MDC-A-Mitglieds, zu verraten, der beschuldigt worden war, Gesichtsmasken mit dem Slogan "#ZANUPFMustGo" (in Anspielung auf die Regierungspartei) zu verteilen.

Am 12. August wurde Tamuka Denhere, ein weiteres Mitglied der MDC-A, von Unbekannten aus seinem Haus in der Stadt Gweru entführt und mehrere Stunden lang gefoltert. Anschließend übergaben sie ihn an die Harare Central Police Station. Die Polizei verhaftete auch seine Frau, nachdem sie seine Entführung gemeldet hatte.

RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

Polizei und staatliche Sicherheitsbeamte töteten mindestens 10 Menschen unrechtmäßig. Es wurden keine aussagekräftigen Ermittlungen zu diesen Verbrechen durchgeführt.

Am 15. März suchte die Polizei im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Körperverletzung das Haus von Bhekani Moyo im Dorf Silobela auf und erschoss ihn.

Am 30. März wurde Levison Moyo in Bulawayo von der Polizei verprügelt, weil er angeblich gegen die Lockdown-Auflagen verstoßen hatte, und starb vier Tage später an einer Hirnblutung.

Im Mai erschoss die Polizei in einem nicht gekennzeichneten Fahrzeug Paul Munakopa in Hillside, Bulawayo, und tötete mindestens zwei Oppositionsaktivist_innen unrechtmäßig. Im Juli wurde Mazwi Ndlovu aus Bulilima von Agenten getötet, die verdächtigt wurden, der ZANU-PF anzugehören, nachdem er Bedenken über die Art der Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige geäußert hatte. Ein Mann, der verdächtigt wurde, ihn getötet zu haben, wurde später verhaftet, aber freigelassen, ohne vor Gericht zu erscheinen oder eine Kautionsbeantragung.

Ebenfalls im Juli ermordeten staatliche Sicherheitsbeamte in Hurungwe Lavender Chiwaya, einem MDC-Abgeordneten, in der Nähe seines Hauses und ließen den Toten nackt zurück.

MEINUNGSSFREIHEIT

Die Behörden nutzten die COVID-19-Beschränkungen als Vorwand, um den zivilen Raum zu begrenzen und die Menschenrechte einzuschränken. Abschnitt 14 des Statutory Instrument 83 of 2020 on Public Health (COVID-19 Prevention, Containment and Treatment) Regulations 2020 kriminalisierte die "Verbreitung von Fake News" über COVID-19 und verhängte eine 20-jährige Haftstrafe und/oder eine saftige Geldstrafe.

Lovemore Zvokusekwa aus Chitungwiza, einer Stadt am Rande von Harare, wurde im April verhaftet und beschuldigt, eine gefälschte Presseerklärung in Umlauf gebracht zu haben, die angeblich vom Präsidenten stammte und eine Verlängerung des Lockdowns ankündigte. Später im selben Monat sagte der Präsident, er solle eine 20-jährige Gefängnisstrafe als "Beispiel" für andere erhalten. Am 30. April wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen, obwohl er in Erwartung möglicher weiterer Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vor Gericht stand. Die Behörden nutzten weitere Bestimmungen, die Menschen allein für die friedliche Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung kriminalisierten, einschließlich die der "Untergrabung der Autorität des Präsidenten" oder die der "Beleidigung", um Kritik in sozialen Medien zu unterbinden. Im März sagte der Kommandeur der Nationalen Armee von Simbabwe, dass Social Media eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen und dass das Militär die private elektronische Kommunikation überwachen werde, um eine "Subversion zu verhindern".

Christian Rambur wurde im April in Chipingetown verhaftet, weil er eine WhatsApp-Nachricht verbreitet hatte, in der er den Präsidenten der Inkompetenz beschuldigte.

Rujeko Hithur Mpambwa aus Kariba wurde im August verhaftet, weil er in den sozialen Medien die Ansprache des Präsidenten an die Nation kritisiert hatte.

JOURNALIST_INNEN

Polizei- und Militäroffiziere nutzten die COVID-19-Beschränkungen als Vorwand, um die Belästigung und Einschüchterung von Journalist_innen und anderen Medienmitarbeiter_innen zu rechtfertigen, von denen mindestens 25 angegriffen und willkürlich verhaftet und festgehalten wurden, während sie arbeiteten oder auf dem Weg zur und von der Arbeit waren. Sie wurden beschuldigt, gegen Lockdown-Auflagen verstoßen, sich ordnungswidrig verhalten oder abgelaufene Akkreditierungsdokumente verwendet zu haben, die nach den COVID-19-Vorschriften als gültig hätten angesehen werden müssen. Journalist_innen wurden häufig angewiesen, ihre Videos oder Fotos ohne triftigen Grund zu löschen.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Behörden nutzten Abschnitt 14 des Gesetzes 83 von 2020 zur öffentlichen Gesundheit, um Demonstrationen während der Abriegelung zu verbieten. Zwischen März und August sperrten Sicherheitskräfte die Straßen zum zentralen Geschäftsviertel von Harare ab, um Proteste zugunsten prominenter Aktivist_innen zu verhindern, die nun vor Gericht stehen. In den Townships von Harare raubten Beamte einige Menschen mit vorgehaltener Waffe aus, verlangten Bestechungsgelder oder schlugen sie schwer, weil sie gegen die Abriegelungsbestimmungen verstoßen hatten. Dutzende von Menschen wurden verhaftet, weil sie friedliche Demonstrationen organisiert oder daran teilgenommen hatten, darunter die Aktivist_innen Namatai Kwekweza und Vongai Zimudzi, die im Juni verhaftet wurden,

weil sie gegen Verfassungsänderungen demonstriert hatten. Im Juli wurden mindestens 17 Krankenschwestern strafrechtlich verfolgt, weil sie gegen Abriegelungsbestimmungen verstoßen hatten, nachdem sie gegen niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen im Sally Mugabe Central Hospital in Harare protestierten. Im selben Monat gingen die Behörden brutal gegen Oppositionsführer_innen vor, die an der Organisation der Proteste vom 31. Juli beteiligt waren (siehe oben, Exzessive Gewaltanwendung), sowie gegen Gewerkschafter_innen, die zum Streik aufgerufen hatten. Am 12. Juli versuchten Unbekannte, den Bruder und den Neffen von Peter Mutasa, dem Vorsitzenden des Zimbabwe Congress of Trade Unions, aus seinem Haus zu entführen. Am 16. Juli brach eine Gruppe von Männern in den frühen Morgenstunden in das Haus von Obert Masaraure, dem Vorsitzenden der Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ), ein und nahm seine Frau für mehrere Stunden in Gewahrsam, um sie zu zwingen, seinen Aufenthaltsort zu verraten. Drei Tage zuvor hatte die ARTUZ eine Demonstration organisiert, um gegen niedrige Löhne zu protestieren. Am 21. Juli wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, angeblich, um die Ausbreitung der COVID-19-Infektion zu verhindern, die aber von Kritiker_innen als Niederschlagung der Proteste interpretiert wurde. Am 27. Juli rief ein Sprecher der ZANU-PF die Unterstützer_innen dazu auf, sich vor den landesweiten Demonstrationen am 31. Juli mit allen notwendigen Mitteln zu verteidigen. Als die Proteste weitergingen, verhaftete die Polizei mindestens 20 Personen, die wegen verschiedener Vergehen angeklagt wurden, darunter "öffentliches Ärgernis", "Anstiftung zur öffentlichen Gewalt" und Verstoß gegen die COVID-19-Vorschriften. Sie wurden später gegen Kautionsfreigabe freigelassen. Am 4. August sagte der Präsident, die Unterstützer_innen der Proteste seien "schlechte Äpfel", die "herausgewaschen" würden.

RECHT AUF WAHRHEIT, GERECHTIGKEIT UND ENTSCHÄDIGUNG

Mitglieder der Opposition und der Zivilgesellschaft, Aktivist_innen und Anwalt_innen warfen den Behörden vor, das Justizsystem zu benutzen, um Gegner oder vermeintliche Kritiker_innen der Regierung zu schikanieren und zu bestrafen. Zum Beispiel führten die COVID-19-Beschränkungen dazu, dass Gerichte früh geschlossen wurden, angeblich, um den Mitarbeitern zu ermöglichen, vor der Ausgangssperre nach Hause zu kommen. Infolgedessen wurden Anhörungen wiederholt vertagt, und Kritiker_innen und Aktivist_innen konnten keine Kautionsfreigabe erhalten und wurden in längerer Untersuchungshaft gehalten.

Jacob Ngarivhume, ein Politiker, der im Zusammenhang mit den Protesten vom 31. Juli verhaftet wurde, und Hopewell Chin'ono, ein Journalist, der verhaftet wurde, weil er Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsbeamte aufgedeckt hatte, verbrachten etwa sechs Wochen in Untersuchungshaft, nachdem sie dreimal gegen Kautionsfreigabe wurden. Godfrey Kurauone, ein Ratsmitglied der MDC-A in Masvingo, verbrachte über fünf Wochen im Gefängnis, weil er den Präsidenten "beleidigt" hatte.

Mindestens 10 Anwalt_innen wurden im Zusammenhang mit Fällen, die sie vertraten, schikaniert, einige von ihnen müssen mit einer Strafverfolgung wegen überzogener Anschuldigungen rechnen.

Im Juni wurde Thabani Mpofu verhaftet und auf Kautionsfreigabe freigelassen, weil er in einem Fall, der die Ernennung des Generalstaatsanwalts anzweifelte, eine eidesstattliche Erklärung von einer fiktiven Person eingereicht hatte, um die Justiz zu behindern. Der Autor der eidesstattlichen Erklärung stellte sich später der Polizei, aber das Verfahren gegen Thabani Mpofu wurde bis Ende des Jahres weitergeführt.

Im Juli ordnete der Oberste Richter an, dass alle Gerichtsurteile vom Leiter des Gerichts oder der Abteilung "genehmigt" werden müssen, bevor sie verkündet werden.

Im August untersagte ein Richter der Menschenrechtsanwältin Beatrice Mtetwa die Vertretung ihres Mandanten und empfahl den Entzug ihrer Lizenz, nachdem sie fälschlicherweise beschuldigt worden war, eine Facebook-Seite betrieben zu haben, auf der das Justizsystem kritisiert wurde.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Zwischen März und Juni wurden insgesamt 106 Todesfälle bei Müttern registriert, größtenteils als Folge von Bewegungseinschränkungen, die viele schwangere Frauen daran hinderten, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen.

Im Juli wurde eine Frau aus Chitungwiza gezwungen, ein Bestechungsgeld zu zahlen, um eine Straßensperre der Polizei zu überwinden, um ein Krankenhaus zu erreichen, als sie in den Wehen lag.

Die Regierung gab keine Informationen über die Anzahl der Gesundheitsarbeiter_innen, die positiv auf COVID-19 getestet wurden, erst im August, als sie bekannt gab, dass es mehr als 480 Fälle gab.

Im September meldete das UNO-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, dass der Zugang zu wichtigen Gesundheitseinrichtungen unter anderem aufgrund von COVID-19-Infektionen bei Gesundheitsarbeiter_innen und einem Mangel an PSA eingeschränkt sei. Forderungen von Mitarbeiter_innen des Gesundheitswesens nach angemessener PSA und lebenswichtigen Medikamenten blieben ungehört, so dass die simbabwische Ärztevereinigung "Doctors for Human Rights" im April den Obersten Gerichtshof anrief, der die Regierung unter anderem dazu verpflichtete, den Mitarbeiter_innen des Gesundheitswesens PSA zur Verfügung zu stellen.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

In den ersten 11 Tagen der Abriegelung wurden 764 Fälle von Gewalt gegen Frauen und Mädchen registriert, die bis Mitte Juni auf 2.768 anstiegen. Die Behörden versäumten es, die Dienste zum Schutz von Frauen und Mädchen vor solchen Übergriffen zu priorisieren. Gleichzeitig wurde den Opfern der schnelle Zugang zur Justiz verweigert.